

PATRICK KEMPER

Verbotenes
Online-Glücksspiel und
verbotene Zahlungen

Spiel und Recht

9

Mohr Siebeck

Spiel und Recht

herausgegeben von

Steffen Augsberg, Marc Bungenberg, Julian Krüper,
Christian J. Tams und Jörg Philipp Terhechte

9



Patrick Kemper

Verbotenes Online-Glücksspiel und verbotene Zahlungen

Mohr Siebeck

Patrick Kemper, geboren 1993; Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Bielefeld; 2018 Erste Juristische Prüfung; Wissenschaftlicher Mitarbeiter in zwei internationalen Großkanzleien in Düsseldorf; 2021 Promotion (Bielefeld); 2021 Master of Laws (LL.M.) an der University of Pretoria (Südafrika); Rechtsreferendariat im Bezirk des Oberlandesgerichts Düsseldorf.

Zugl.: Bielefeld, Univ., Diss. 2021

ISBN 978-3-16-161612-9 / eISBN 978-3-16-161613-6

DOI 10.1628/978-3-16-161613-6

ISSN 2699-634X / eISSN 2569-4405 (Spiel und Recht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2022 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen aus der Times gesetzt und auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und dort gebunden.

Printed in Germany.

Meinen Eltern

Vorwort

Die ursprüngliche Version der vorliegenden Arbeit wurde im August 2020 eingereicht und im August des darauf folgenden Jahres von der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Bielefeld als Dissertation angenommen. Zur Veröffentlichung wurden Literatur, Rechtsprechung und Gesetzgebung bis Ende Januar 2022 berücksichtigt. Die Arbeit wurde zur Drucklegung wegen der zwischenzeitlichen Novellierung des GlüStV überarbeitet. Bei der Überarbeitung wurden die wertvollen Anregungen aus beiden Gutachten berücksichtigt.

Herzlich danken möchte ich meinem Doktorvater Herrn *Prof. Dr. Martin Schwab*. Nicht nur für die Betreuung meines Promotionsvorhabens und die Offenheit, mit der er meine Themenwahl von Anfang an unterstützte, sondern auch für die tolle und prägende Zeit an seinem Lehrstuhl in Bielefeld, dessen Aufbau ich als junger Student und erster Mitarbeiter neben der stets hilfsbereiten Sekretärin *Sylvia Stracke-Austermann* miterleben durfte. Die Hingabe, mit der sich mein Doktorvater insbesondere hochkomplexen bereicherungsrechtlichen Fragestellungen widmet, bewundere ich. Von dieser Leidenschaft und seiner fortwährenden Gesprächsbereitschaft (auch zu später Stunde) konnte ich bei der Abfassung dieser Arbeit in vielerlei Hinsicht profitieren.

Für die außerordentlich zügige Erstellung des Zweitgutachtens bedanke ich mich bei Herrn *Prof. Dr. Frank Weiler*. Anbringen möchte ich an dieser Stelle auch einen Dank für die von ihm im Rahmen der universitären Examensvorbereitung ausgerichtete Veranstaltung zur aktuellen examensrelevanten Rechtsprechung. Der Besuch dieser Veranstaltung war für mich immer mit großem Erkenntnisgewinn verbunden. Danken möchte ich ferner Herrn *Prof. Dr. Detlef Kleindiek*, der freundlicherweise den Vorsitz der mündlichen Prüfung am 14. Dezember 2021 übernommen hat. Den Herausgebern der Schriftenreihe *Spiel und Recht* gebührt Dank für die Aufnahme des Werks.

Ferner möchte ich Westlotto für die großzügige finanzielle Unterstützung bei der Drucklegung meiner Abhandlung danken. Für die Versorgung mit aktueller Rechtsprechung zum Untersuchungsgegenstand und der Bereitstellung eines Druckkostenzuschusses danke ich überdies der Kanzlei CLLB Rechtsanwälte.

Caroline Züllich danke ich von ganzem Herzen für ihre Liebe und die bedingungslose Unterstützung, die sie mir zuteil werden lässt. Aus ihrer Zuneigung

konnte ich die Kraft schöpfen, mein Promotionsvorhaben erfolgreich zu beenden. Ihr und unserem immer fröhlichen Beagle *Gandhi* habe ich es zu verdanken, dass ich die Tiefen, die ein solches Projekt mit sich bringt, überwinden konnte.

Besonderer Dank gebührt abschließend meinen Eltern, *Alexandra* und *Claus-Peter Kemper*, die meine Ausbildung und dieses Promotionsvorhaben großzügig unterstützt haben und deren familiärer Rückhalt für mich von unschätzbarem Wert ist. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Düsseldorf, im Februar 2022

Patrick Kemper

Inhaltsübersicht

| | |
|---|-------|
| Vorwort | VII |
| Inhaltsverzeichnis | XI |
| Abkürzungsverzeichnis | XXIII |
| | |
| Einleitung | 1 |
| | |
| § 1 Der rechtliche Rahmen des Online-Glücksspiels in Deutschland | 5 |
| A. Teilweise Öffnung des Vertriebswegs Internet mit dem GlüStV 2012 | 5 |
| B. Anwendbarkeit des GlüStV 2012 auf ausländische Glücksspielangebote | 13 |
| C. Online-Glücksspiele | 15 |
| D. Zwischenfazit zu § 1 | 44 |
| | |
| § 2 Das Verbot der Mitwirkung an Zahlungen im Zusammenhang mit unerlaubtem Glücksspiel | 45 |
| A. Gesetzgeberisches Vorbild | 46 |
| B. Die ordnungsrechtliche Verbotsnorm des § 4 Abs. 1 S. 2 Alt. 2 GlüStV 2012 | 47 |
| C. Behördliche Durchsetzung des Mitwirkungsverbots | 71 |
| D. Die Umsetzung des Mitwirkungsverbots durch die Normadressaten | 75 |
| E. Vereinbarkeit mit datenschutzrechtlichen Bestimmungen | 100 |
| F. Zwischenfazit zu § 2 | 115 |

| | |
|--|-----|
| § 3 Die strafrechtliche Behandlung von Online-Glücksspielen und damit assoziierten Handlungen | 117 |
| A. Das Veranstalten eines öffentlichen Glücksspiels ohne behördliche Erlaubnis, § 284 StGB | 118 |
| B. Strafbarkeit des Spielers gem. § 285 StGB | 136 |
| C. Teilnahmestrafbarkeit verantwortlicher Personen bei Zahlungsdienstleistern | 141 |
| D. Strafrechtliche Folgenbetrachtung | 150 |
| E. Zwischenfazit zu § 3 | 155 |
| § 4 Zivilrechtliche Implikationen der Verbindung von Spielern und Online-Glücksspielveranstaltern | 157 |
| A. Der Spielvertrag | 157 |
| B. Anwendbares Sachrecht für Spielverträge mit Veranstaltern unter Lizenz eines anderen EU-Mitgliedstaates | 162 |
| C. Rückabwicklung des Spielvertrags im Falle der Nichtigkeit | 184 |
| D. Weitere in Betracht kommende Ansprüche des Spielers gegen den Glücksspielveranstalter | 208 |
| E. Zwischenfazit zu § 4 | 209 |
| § 5 Zahlungen im Kontext unerlaubter Online-Glücksspiele aus zivilrechtlicher Perspektive | 211 |
| A. Die Grundstruktur des Zahlungsdiensterechts | 213 |
| B. Ansprüche des Zahlungsdienstleisters gegen den Zahlungsdienstnutzer | 222 |
| C. Die Rechtsposition des Zahlungsdienstnutzers | 272 |
| D. Zwischenfazit zu § 5 und Stellungnahme zur bisherigen Rechtsprechung | 292 |
| Schlussbetrachtung und Ausblick | 295 |
| Zusammenfassung der Arbeit in Thesen | 297 |
| Literaturverzeichnis | 301 |
| Register | 319 |

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-------|
| Vorwort | VII |
| Inhaltsübersicht | IX |
| Abkürzungsverzeichnis | XXIII |
| | |
| Einleitung | 1 |
| | |
| § 1 Der rechtliche Rahmen des Online-Glücksspiels in Deutschland | 5 |
| A. Teilweise Öffnung des Vertriebswegs Internet mit dem GlüStV 2012 | 5 |
| I. Das Konzessionierungsverfahren für die Veranstaltung von Online-Sportwetten | 6 |
| II. Die Parallelentscheidungen des BVerwG vom 26. Oktober 2017 | 7 |
| III. Das Glücksspielgesetz Schleswig-Holsteins als Antagonist des GlüStV 2012 | 10 |
| 1. Genehmigungen auf der Grundlage des GlüG SH und ihre Fortgeltung | 10 |
| 2. Reichweite der Genehmigungen nach dem GlüG SH | 11 |
| 3. Parallele Geltung von Genehmigungen nach GlüG SH und Internetverbot des GlüStV 2012 | 12 |
| IV. Zwischenergebnis | 13 |
| B. Anwendbarkeit des GlüStV 2012 auf ausländische Glücksspielangebote | 13 |
| I. Ermittlung des Anwendungsbereichs des GlüStV 2012 | 14 |
| II. Zwischenergebnis | 15 |
| C. Online-Glücksspiele | 15 |
| I. Der Glücksspielbegriff | 16 |
| 1. Zufallsabhängigkeit | 16 |
| 2. Entgelt und Gewinnchance | 17 |

| | |
|---|----|
| a) Heterogener Glücksspielbegriff | 17 |
| b) Qualität des in Aussicht gestellten Gewinns | 18 |
| 3. Öffentliche Glücksspiele | 19 |
| II. Veranstalten von Glücksspielen im Internet | 19 |
| 1. Veranstalter | 19 |
| 2. Im Internet | 20 |
| III. Unerlaubtes Online-Glücksspiel | 20 |
| 1. Legaldefinition des § 4 Abs. 1 S. 2 GlüStV 2012 | 21 |
| 2. Anerkennung von Genehmigungen ausländischer Behörden | 22 |
| a) Genehmigungen von Behörden anderer EU-Mitgliedstaaten | 23 |
| b) Genehmigungen von Behörden von Nichtmitgliedstaaten der EU | 25 |
| c) Zwischenergebnis | 25 |
| IV. Glücksspielarten im Internet | 25 |
| 1. Lotterien | 26 |
| 2. Zweitlotterien oder „schwarze Lotteriewetten“ | 26 |
| a) Funktionsweise | 26 |
| b) Einordnung der Zweitlotterien in den Kanon der Glücksspielarten | 27 |
| aa) Lotterie oder Wette? | 28 |
| bb) Bestimmter Plan | 28 |
| cc) Stellungnahme | 30 |
| c) Konsequenz der Einordnung | 31 |
| 3. Das Abbild des großen Spiels | 31 |
| 4. Das Abbild des kleinen Spiels | 33 |
| 5. Onlinepoker | 33 |
| a) Cashpoker | 34 |
| b) Turnierpoker | 34 |
| c) Konsequenz der Einordnung | 35 |
| 6. Online-Sportwetten | 36 |
| a) Rechtslage bis zum 31. Dezember 2019 | 36 |
| b) Rechtslage seit dem 1. Januar 2020 | 39 |
| 7. Online-Pferdewetten | 40 |
| 8. Lootboxen | 41 |
| D. Zwischenfazit zu § 1 | 44 |
| | |
| § 2 Das Verbot der Mitwirkung an Zahlungen im Zusammenhang mit unerlaubtem Glücksspiel | 45 |
| A. Gesetzgeberisches Vorbild | 46 |
| B. Die ordnungsrechtliche Verbotsnorm des § 4 Abs. 1 S. 2 Alt. 2 GlüStV 2012 | 47 |

| | | |
|-----|--|----|
| I. | Ablauf des Einzahlungsprozesses zur Teilnahme an Internetglücksspielen | 48 |
| | 1. Üblicher Ablauf der Einzahlung auf ein Spielerkonto | 48 |
| | 2. Verschmelzen von Einzahlung und Entgeltplatzierung | 49 |
| | 3. Innovationen im Einzahlungsprozess | 50 |
| | 4. Zusammenfassung möglicher Zahlungsoptionen | 51 |
| II. | Der Anwendungsbereich von § 4 Abs. 1 | |
| | S. 2 Alt. 2 GlüStV 2012 | 51 |
| | 1. Der personale Anwendungsbereich des Mitwirkungsverbots | 52 |
| | a) Der Glücksspielteilnehmer als Adressat des Mitwirkungsverbots | 53 |
| | aa) Wortlaut | 53 |
| | bb) Systematik | 54 |
| | cc) Normgenese | 55 |
| | dd) Telos des Mitwirkungsverbots | 55 |
| | ee) Umgehungsmöglichkeiten durch anderweitige Einzahlung | 56 |
| | ff) Mögliche Wertungswidersprüche | 58 |
| | b) Zwischenergebnis | 59 |
| | 2. Der objektive Verstoß gegen das Mitwirkungsverbot | 59 |
| | a) Der Zusammenhang eines Zahlungsvorgangs mit unerlaubtem Glücksspiel | 60 |
| | aa) Notwendiger Zusammenhang des Zahlungsvorgangs zu unerlaubtem Glücksspiel | 61 |
| | bb) Notwendiger Zusammenhang erst bei Teilnahme an jeweiligem Glücksspiel gegeben? | 64 |
| | cc) Parallelität von Online-Sportwetten und sonstigen illegalen Online-Glücksspielen | 65 |
| | b) Verstoß erst bei Vorliegen der Voraussetzungen von § 9 Abs. 1 S. 3 Nr. 4 GlüStV 2012? | 66 |
| | 3. Zusammenfassung | 70 |
| C. | Behördliche Durchsetzung des Mitwirkungsverbots | 71 |
| | I. Länderübergreifende Durchsetzung | 72 |
| | II. Voraussetzungen zur Anwendung im Einzelfall | 73 |
| | III. Zuwiderhandlungen | 74 |
| D. | Die Umsetzung des Mitwirkungsverbots durch die Normadressaten | 75 |
| | I. Öffentlich-rechtliche Verpflichtungen durch das Mitwirkungsverbot | 75 |
| | II. Abstrakte Überprüfungsmöglichkeit der Legalität eines Online-Glücksspielangebots | 76 |

| | |
|---|-----|
| 1. White-List | 77 |
| 2. Altgenehmigungen aus Schleswig-Holstein | 79 |
| 3. Zusammenfassung | 79 |
| III. Konkrete Umsetzbarkeit des Mitwirkungsverbots für Zahlungsdienstleister | 79 |
| 1. Direkt mit den Glücksspielveranstaltern kontrahierende Zahlungsdienstleister | 80 |
| a) E-Wallet-Anbieter | 80 |
| aa) Verweigerung des Vertragsabschlusses | 81 |
| bb) Monitoring von Zahlungen | 82 |
| cc) Vorkehrungen in Akzeptanzverträgen | 85 |
| dd) Zwischenfazit | 85 |
| b) Prepaid-Zahlungen | 85 |
| c) Zahlungsauslösedienste | 88 |
| d) Zwischenfazit | 90 |
| 2. Umsetzbarkeit des Mitwirkungsverbots bei globalen Zahlungssystemen | 90 |
| a) Kreditkartenzahlungen | 91 |
| aa) Beteiligte des offenen Systems | 91 |
| bb) Ablauf einer Zahlung im offenen System | 93 |
| cc) Möglichkeiten zur Verhinderung von verbotenen Zahlungsvorgängen | 95 |
| dd) Zwischenfazit | 96 |
| b) Vorkasse per SEPA-Überweisung | 97 |
| c) SEPA-Lastschriftverfahren | 98 |
| 3. Die Bedeutung von Payment-Service-Providern | 98 |
| 4. Zwischenergebnis | 99 |
| E. Vereinbarkeit mit datenschutzrechtlichen Bestimmungen | 100 |
| I. Einschlägiges Datenschutzrecht | 101 |
| II. Personenbezogene Daten | 101 |
| III. Rechtmäßigkeit der Verarbeitung von personen- bezogenen Daten | 102 |
| a) Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten | 103 |
| aa) Freiwilligkeit der Einwilligung | 103 |
| bb) Verarbeitung auch im Interesse des Betroffenen | 104 |
| cc) Bestimmtheit der Einwilligung | 105 |
| b) Daten, die zur Vertragserfüllung erforderlich sind | 106 |
| c) Daten, deren Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist | 107 |
| d) Daten, deren Verarbeitung zur Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt | 108 |

| | |
|--|-----|
| e) Die erforderliche Verarbeitung der Daten zur Wahrung berechtigter Interessen | 109 |
| aa) Berechtigte Interessen der Zahlungsdienstleister | 110 |
| bb) Betroffene Interessen, Grundrechte und Grundfreiheiten des Zahlenden | 111 |
| f) Zweckändernde Verarbeitung der Daten | 112 |
| IV. Auftragsdatenverarbeitung bei Inanspruchnahme anderer Dienstleister | 114 |
| F. Zwischenfazit zu § 2 | 115 |
| | |
| § 3 Die strafrechtliche Behandlung von Online-Glücksspielen und damit assoziierten Handlungen | 117 |
| | |
| A. Das Veranstalten eines öffentlichen Glücksspiels ohne behördliche Erlaubnis, § 284 StGB | 118 |
| I. Anwendbarkeit des deutschen Strafrechts | 118 |
| II. Anforderungen an die behördliche Erlaubnis i. S. d. § 284 Abs. 1 StGB | 119 |
| III. Weitere Tatmodalitäten des § 284 Abs. 1 StGB | 122 |
| IV. Anwendungssperre bezüglich § 284 StGB | 124 |
| V. Auswirkungen des Umlaufbeschlusses vom 8. September 2020 und der darauf basierenden Leitlinien vom 30. September 2020 | 125 |
| VI. Möglicher Verbotsirrtum gem. § 17 StGB | 130 |
| 1. Voraussetzungen eines unvermeidbaren Verbotsirrtums | 130 |
| 2. Bisherige Rechtsprechung und Neubewertung | 132 |
| VII. Zwischenergebnis | 136 |
| | |
| B. Strafbarkeit des Spielers gem. § 285 StGB | 136 |
| I. Anwendbarkeit des deutschen Strafrechts | 137 |
| II. Tatbestand | 137 |
| III. Möglicher Verbotsirrtum | 138 |
| IV. Schuldunfähigkeit des Spielteilnehmers | 140 |
| V. Bisherige Rechtsprechung zu § 285 StGB hinsichtlich der Beteiligung an Online-Glücksspielen | 140 |
| | |
| C. Teilnahme strafbarkeit verantwortlicher Personen bei Zahlungsdienstleistern | 141 |
| I. Anwendbarkeit des deutschen Strafrechts, §§ 3, 9 Abs. 2 S. 1 StGB | 141 |

| | |
|---|-----|
| 1. Hilfeleisten i. S. v. § 27 Abs. 1 StGB | 142 |
| 2. Gehilfenvorsatz | 143 |
| a) Fälle in der Praxis | 144 |
| b) Berufstypische Handlungen | 144 |
| c) Zwischenergebnis | 145 |
| II. Sonderfall: Beihilfe durch Unterlassen | 146 |
| 1. Garantenstellung | 146 |
| a) Schutzzweckidentität | 147 |
| aa) Schutzzweck des Mitwirkungsverbots | 147 |
| bb) Schutzzweck im Rahmen der Teilnahmestrafbarkeit | 148 |
| cc) Vergleich beider Schutzzwecke | 149 |
| 2. Zwischenergebnis | 150 |
| D. Strafrechtliche Folgenbetrachtung | 150 |
| I. Die Einziehung von Taterträgen | 150 |
| 1. Voraussetzungen der Einziehung | 151 |
| 2. Das Bruttoprinzip | 152 |
| 3. Einziehung von Taterträgen im konkreten Fall | 152 |
| a) Einziehung von Taterträgen bei Glücksspielveranstaltern | 152 |
| b) Einziehung von Taterträgen bei Zahlungsdienstleistern | 154 |
| c) Einziehung von Taterträgen bei Spielern | 154 |
| II. Festsetzung einer Geldbuße gegen Glücksspielveranstalter oder Zahlungsdienstleister | 155 |
| E. Zwischenfazit zu § 3 | 155 |
| | |
| § 4 Zivilrechtliche Implikationen der Verbindung von Spielern und Online-Glücksspielveranstaltern | 157 |
| A. Der Spielvertrag | 157 |
| I. Erlaubtes Glücksspiel | 158 |
| II. Rückforderungsausschluss | 159 |
| III. Unwirksamkeit von Spielverträgen nach deutschem Recht | 160 |
| B. Anwendbares Sachrecht für Spielverträge mit Veranstaltern unter Lizenz eines anderen EU-Mitgliedstaates | 162 |
| I. Anwendungsbereich der Rom I-VO | 162 |
| 1. Sachlicher Anwendungsbereich | 162 |
| 2. Räumlicher Anwendungsbereich | 163 |
| 3. Anwendbares Sachrecht betreffend die Wirksamkeit eines Schuldverhältnisses, Art. 10 Abs. 1 Rom I-VO | 164 |
| 4. Vorrangig zu berücksichtigende Rechtswahl, Art. 3 Rom I-VO | 164 |
| a) Rechtswahlklauseln in der Praxis | 164 |

| | |
|--|-----|
| b) Der Spielvertrag als Verbrauchervertrag i. S. v. Art. 6 Abs. 1 Rom I-VO | 165 |
| c) Wirksamkeit der Rechtswahlklauseln in AGB von Online-Glücksspielveranstaltern | 166 |
| aa) Hervorgerufene Paradoxie durch den EuGH | 167 |
| bb) Wahlmöglichkeit des Verbrauchers | 168 |
| cc) Zwischenergebnis | 169 |
| 5. Ohne Rechtswahl anzuwendendes Sachrecht auf den Spielvertrag | 170 |
| 6. Unabhängig vom Vertragsstatut anwendbare Eingriffsnormen i. S. v. Art. 9 Abs. 1 Rom I-VO | 170 |
| a) Eingriffsnormen aus dem deutschen Recht | 171 |
| aa) Eingriffscharakter der deutschen Verbotsnormen | 172 |
| (1) Zwingende Normen | 172 |
| (2) Internationaler Geltungswille | 172 |
| (3) Besonderes öffentliches Interesse des normsetzenden Staates | 173 |
| bb) Zwischenergebnis | 174 |
| b) Weitere Voraussetzungen von Art. 9 Abs. 3 S. 1 Rom I-VO | 174 |
| aa) Erfüllungsort im Bereich des grenzüberschreitenden Online-Glücksspiels | 175 |
| bb) Notwendige Folge der Eingriffsnorm: Unrechtmäßigkeit der Erfüllung | 176 |
| cc) Ermessen und Ermessensleitung hinsichtlich der Wirkungsverleihung | 176 |
| (1) Ermessensentscheidung des Gerichts | 177 |
| (a) Konträre Rechtslage | 177 |
| (b) Anwendungsbefehl aus Unionstreue | 178 |
| (2) Zwischenergebnis | 179 |
| c) Anwendung von Eingriffsnormen der lex fori, Art. 9 Abs. 2 Rom I-VO | 179 |
| aa) Möglichkeit der Klage des Spielers vor einem deutschen Gericht | 180 |
| (1) Verbraucherschützende Vorschriften der Brüssel Ia-VO | 180 |
| (2) Unwirksamkeit der Prorogation | 181 |
| (3) Wahlrecht des Spielers | 182 |
| (4) Praktische Konsequenz | 183 |
| bb) Anwendung von Eingriffsnormen der lex fori, Art. 9 Abs. 2 Rom I-VO | 183 |
| II. Zusammenfassung | 184 |
| C. Rückabwicklung des Spielvertrags im Falle der Nichtigkeit | 184 |
| I. Anwendbares Sachrecht auf die Rückabwicklung des Spielvertrags | 184 |
| II. Leistungskondition des Spielers | 186 |

| | |
|--|-----|
| 1. Tatbestandsvoraussetzungen | 186 |
| 2. Ausschluss wegen Kenntnis der Nichtschuld, § 814 Alt. 1 BGB | 187 |
| 3. Ausschluss des Anspruchs wegen eines Gesetzesverstößes, § 817 S. 2 BGB | 189 |
| a) Gesetzesverstoß des Spielers | 191 |
| aa) Verstoß gegen das Mitwirkungsverbot | 191 |
| bb) Gesetzesverstoß durch Spielteilnahme | 193 |
| b) Subjektive Voraussetzung des § 817 S. 2 Hs. 1 BGB | 194 |
| c) Teleologische Reduktion von § 817 S. 2 Hs. 1 BGB | 197 |
| aa) Teleologische Reduktion von § 817 S. 2 Hs. 1 BGB in der Rechtsprechung | 197 |
| bb) Teleologische Reduktion im vorliegenden Fall? | 198 |
| (1) Rechtsprechung des BGH in Strafsachen | 200 |
| (2) Rechtsprechung des OLG Nürnberg | 200 |
| (3) Keine unbesehene Übertragung der Schenkkreis- Rechtsprechung | 201 |
| d) Rechtsfolge und Berücksichtigung der Kondition des Glücksspielveranstalters | 203 |
| e) Zwischenergebnis | 204 |
| III. Zweckverfehlungskondition des Spielers | 205 |
| 1. Zweckabrede in Form des Glücksspiel-Rahmenvertrags | 205 |
| 2. Nichtigkeit des Glücksspiel-Rahmenvertrags | 206 |
| 3. Anwendung von § 817 S. 2 Hs. 1 BGB | 207 |
| IV. Gerichtliche Geltendmachung von Rückforderungs- ansprüchen in Deutschland | 208 |
| D. Weitere in Betracht kommende Ansprüche des Spielers gegen den Glücksspielveranstalter | 208 |
| E. Zwischenfazit zu § 4 | 209 |
| | |
| § 5 Zahlungen im Kontext unerlaubter Online-Glücksspiele aus zivilrechtlicher Perspektive | 211 |
| A. Die Grundstruktur des Zahlungsdiensterechts | 213 |
| I. Vertragsbeziehung zwischen Zahlungsdienstleister und Zahlungsdienstnutzer | 214 |
| 1. Kreditkarte, E-Wallet und Girokonto | 214 |
| 2. Zahlungsauslösedienste und Prepaid-Zahlungsmittel | 215 |
| 3. Zwischenergebnis | 215 |
| II. Der Aufwendungsersatzanspruch des Zahlungsdienstleisters | 216 |
| 1. Der Zahlungsauftrag | 216 |
| 2. Die Autorisierung eines Zahlungsvorgangs | 218 |

| | |
|--|------------|
| 3. Das Verhältnis von Autorisierung und Zahlungsauftrag zueinander | 218 |
| 4. Gleichbehandlung von Zahlungsauftrag und Autorisierung im Regelfall | 220 |
| 5. Der Begriff der Authentifizierung | 221 |
| 6. Zwischenergebnis | 222 |
| B. Ansprüche des Zahlungsdienstleisters gegen den Zahlungs- dienstnutzer | 222 |
| I. Der Aufwendungsersatzanspruch des Zahlungsdienstleisters . . | 222 |
| 1. Ansätze in der Rechtsprechung | 223 |
| a) Pro Aufwendungsersatzanspruch des Zahlungsdienstleisters . . | 223 |
| aa) AG Berlin-Mitte, Urteil vom 7. Dezember 2016 | 223 |
| bb) LG München I, Urteil vom 28. Februar 2018 | 224 |
| cc) OLG München, Hinweisverfügung vom 6. Februar 2019 . . | 225 |
| dd) AG Berlin-Mitte, Urteil vom 29. März 2019 | 226 |
| ee) LG Berlin, Urteil vom 16. April 2019 | 227 |
| ff) LG Düsseldorf, Urteil vom 10. Oktober 2019 | 227 |
| b) Contra Aufwendungsersatzanspruch des Zahlungsdienstleisters . | 228 |
| aa) AG Wiesbaden, Urteil vom 16. Juni 2017 | 228 |
| bb) AG München, Urteil vom 21. Februar 2018 | 229 |
| cc) AG Leverkusen, Urteil vom 19. Februar 2019 | 230 |
| c) Zusammenfassung der Kernaussagen und Bestimmung der wesentlichen Untersuchungsgegenstände | 231 |
| 2. Rechtliche Prüfung: Aufwendungsersatzanspruch bei Teilnahme an unerlaubtem Glücksspiel aus §§ 675c Abs. 1, 670 BGB | 231 |
| a) Der Zahlungsauftrag zur Einzahlung bei einem Glücksspielveranstalter | 232 |
| aa) Unwirksamkeit infolge pathologischen Spielverhaltens . . . | 232 |
| bb) Unwirksamkeit wegen Verstoßes des Spielers gegen § 4 Abs. 1 S. 2 Alt. 2 GlüStV 2012 | 233 |
| (1) § 4 Abs. 1 S. 2 Alt. 2 GlüStV 2012 als Verbotsgesetz i. S. v. § 134 BGB | 234 |
| (a) Rechtsnatur von Zahlungsauftrag und Autorisierung | 235 |
| (b) Tatbestand des Verbotsgesetzes | 238 |
| (c) Nichtigkeitsanordnung aus § 134 BGB | 238 |
| (2) Auswirkungen der Nichtigkeit des Zahlungsauftrags und der Autorisierung | 240 |
| cc) Unwirksamkeit infolge eines Verstoßes des Spielers gegen §§ 284, 27 Abs. 1 StGB i. V. m. § 134 BGB | 241 |
| dd) Verstoß des Zahlungsdienstleisters gegen ein Verbotsgesetz | 242 |
| b) Erforderlichkeit der Aufwendungen des Zahlungsdienstleisters . | 243 |
| aa) Erforderlichkeit der Aufwendungen bei wirksamer Autorisierung | 244 |

| | |
|---|-----|
| (1) Erforderlichkeit von Aufwendungen bei Gesetzesverstoß des Zahlungsdienstleisters | 245 |
| (a) Keine Erforderlichkeit bei rechtswidrigem Geschäft | 246 |
| (aa) Nicht offen zutage tretender Gesetzesverstoß | 248 |
| (bb) Freizeichnung in AGB | 248 |
| (b) Zwischenergebnis | 249 |
| (2) Einwendungsdurchgriff aus dem Valutaverhältnis | 249 |
| (a) Missbräuchliche Inanspruchnahme des Vertragsunternehmens | 249 |
| (b) Forderung besteht offensichtlich und liquide beweisbar nicht | 250 |
| bb) Zwischenergebnis bei unterstellter Wirksamkeit der Autorisierung | 252 |
| 3. Ergebnis zum Aufwendungsersatzanspruch aus §§ 675c Abs. 1, 670 BGB | 253 |
| II. Anderweitige Ansprüche des Zahlungsdienstleisters | 253 |
| 1. Haftung des Zahlungsdienstnutzers aus § 675v Abs. 1, 3 BGB | 253 |
| 2. Ansprüche des Zahlungsdienstleisters außerhalb des Zahlungsdienstrechts | 254 |
| a) Ansprüche aus berechtigter Geschäftsführung ohne Auftrag | 254 |
| b) Leistungskondition des Zahlungsdienstleisters gegen den Zahlungsdienstnutzer | 256 |
| aa) Leistung | 257 |
| bb) Das Erlangte | 257 |
| cc) Ohne rechtlichen Grund | 259 |
| dd) Konditionssperre aus § 817 S. 2 Hs. 1 BGB | 259 |
| ee) Konditionssperre qua § 675u S. 1 BGB? | 260 |
| (1) Keine Konditionssperre | 262 |
| (a) Bedeutung des Vorrangs der Leistungsbeziehungen | 263 |
| (b) Begründung des tradierten Ansatzes | 264 |
| (c) Konsequenz dieser Auffassung | 265 |
| (2) Annahme einer durch § 675u S. 1 BGB vermittelten Konditionssperre | 265 |
| (a) Flankierende Argumentation | 267 |
| (b) Konsequenz dieser Auffassung | 268 |
| (3) Divergente Ergebnisse bezüglich der Leistungskondition | 269 |
| c) Schadensersatzanspruch des Zahlungsdienstleisters aus § 280 Abs. 1 S. 1 BGB | 269 |
| III. Ergebnis: Ansprüche des Zahlungsdienstleisters gegen den Zahler | 272 |
| C. Die Rechtsposition des Zahlungsdienstnutzers | 272 |
| I. Ablauf der Erstattung von Aufwendungen | 272 |
| II. Widerrufs- und Rückbelastungsrecht des Zahlungsdienstnutzers | 273 |

| | |
|--|---------|
| 1. Widerrufsrecht des Zahlungsdienstnutzers | 273 |
| 2. Korrelierendes Rückbelastungsrecht des Zahlungsdienstnutzers . . | 273 |
| a) Unwirksamkeit des Ausschlusses | 275 |
| b) Herleitung eines Rückbelastungsrechts | 276 |
| III. Erstattungsanspruch gem. § 675u S. 2 BGB | 278 |
| 1. Aufrechnung mit einer Gegenforderung | 279 |
| 2. Einwand unzulässiger Rechtsausübung | 279 |
| a) Voraussetzungen des unredlichen Erwerbs der eigenen Rechtsstellung | 280 |
| b) Vorzunehmende Abwägung | 280 |
| 3. Unterrichtsfrist | 281 |
| 4. Ausschluss anderweitiger Ansprüche | 283 |
| 5. Exkurs: Anderweitige Ansprüche bei Annahme wirksamer Autorisierungen | 284 |
| IV. Faktische Erstattung durch Lastschriftrückgabe? | 286 |
| 1. Erstattungsanspruch aus § 675x Abs. 2 BGB | 286 |
| 2. Widerstände in der Praxis | 287 |
| V. In Sonderheit: Ansprüche aus unerlaubter Handlung | 288 |
| 1. Das Mitwirkungsverbot als Schutzgesetz gem. § 823 Abs. 2 BGB . | 288 |
| a) Definition eines Schutzgesetzes | 289 |
| b) (Kein) Einbezug des Spielers in den Adressatenkreis | 289 |
| c) Widersprüchlichkeit der Argumentation | 290 |
| d) Keine individualschützende Norm | 290 |
| 2. Zwischenergebnis | 291 |
| VI. Zwischenergebnis zur Rechtsposition des Zahlungs- dienstnutzers | 291 |
| D. Zwischenfazit zu § 5 und Stellungnahme zur bisherigen Rechtsprechung | 292 |
| Schlussbetrachtung und Ausblick | 295 |
| Zusammenfassung der Arbeit in Thesen | 297 |
| Literaturverzeichnis | 301 |
| Register | 319 |

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|---------------|---|
| a. A. | andere Ansicht |
| Abs. | Absatz |
| AcP | Archiv für die civilistische Praxis (Zeitschrift) |
| a. E. | am Ende |
| AEUV | Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union |
| AG | Amtsgericht |
| AGB | Allgemeine Geschäftsbedingungen |
| AH-Berlin | Abgeordnetenhaus von Berlin |
| Art. | Artikel |
| BayLT-Drucks. | Drucksache des Bayerischen Landtags |
| BDSG | Bundesdatenschutzgesetz |
| Begr. | Begründer |
| bspw. | beispielsweise |
| BGB | Bürgerliches Gesetzbuch |
| BGBI. | Bundesgesetzblatt |
| BGH | Bundesgerichtshof |
| BGHSt | Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen |
| BKR | Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht |
| BR-Drucks. | Bundesrats-Drucksache |
| BT-Drucks. | Bundestags-Drucksache |
| BVerfG | Bundesverfassungsgericht |
| BVerfGE | Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts |
| BVerwG | Bundesverwaltungsgericht |
| BzgA | Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung |
| bzw. | beziehungsweise |
| CDU | Christlich Demokratische Union |
| Co. | Kompanie |
| CR | Computer und Recht (Zeitschrift) |
| DAR | Deutsches Autorecht (Zeitschrift) |
| ders. | derselbe |
| dies. | dieselben |
| Diss. | Dissertation |
| d. h. | das heißt |
| DS-GVO | Datenschutz-Grundverordnung |
| DStR | Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift) |
| DStRE | Deutsches Steuerrecht Entscheidungsdienst (Zeitschrift) |
| DVTM | Deutscher Verband für Telekommunikation und Medien |
| EG | Europäische Gemeinschaft |

| | |
|---------------|---|
| et al. | et alii (und andere) |
| EU | Europäische Union |
| EuGH | Europäischer Gerichtshof |
| EUV | Vertrag über die Europäische Union |
| EuZW | Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht |
| EWiR | Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht (Zeitschrift) |
| f. | folgende (Seite/Norm/Randnummer) |
| FDP | Freie Demokratische Partei |
| ff. | folgende (Seiten/Normen/Randnummern) |
| Fn. | Fußnote |
| FS | Festschrift |
| gem. | gemäß |
| GewArch | Gewerbearchiv (Zeitschrift) |
| GewO | Gewerbeordnung |
| ggf. | gegebenenfalls |
| GmbH | Gesellschaft mit beschränkter Haftung |
| GlüStV | Glücksspielstaatsvertrag |
| GlüStV 2008 | Glücksspielstaatsvertrag, Inkrafttreten 1. Januar 2008 |
| GlüStV 2012 | Erster Glücksspieländerungsstaatsvertrag, Inkrafttreten 1. Juli 2012 |
| GlüStV 2021 | Staatsvertrag zur Neuregulierung des Glücksspielwesens in Deutschland (Glücksspielstaatsvertrag 2021), Inkrafttreten 1. Juli 2021 |
| GlüG SH | Glücksspielgesetz Schleswig-Holstein |
| GlüÄndStV | Glücksspieländerungsstaatsvertrag |
| GrCh | Charta der Grundrechte der Europäischen Union |
| GRUR | Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Zeitschrift) |
| GRUR-Prax | Praxis im Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht (Zeitschrift) |
| Habil. | Habilitationsschrift |
| HRRS | Onlinezeitschrift für Höchstgerichtliche Rechtsprechung zum Strafrecht |
| Hrsg. | Herausgeber |
| IHR | Internationales Handelsrecht (Zeitschrift für das Recht des internationalen Warenkaufs und Warenvertriebs) |
| IT | Informationstechnologie |
| ITRB | IT-Rechtsberater (Zeitschrift) |
| IPRax | Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts (Zeitschrift) |
| i. S. d. | im Sinne des |
| i. S. v. | im Sinne von |
| i. V. m. | in Verbindung mit |
| IWR | Internationales Wirtschaftsrecht |
| JA | Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift) |
| jM | Juris – Die Monatszeitschrift |
| JR | Juristische Rundschau (Zeitschrift) |
| JURA | Juristische Ausbildung (Zeitschrift) |
| JuS | Juristische Schulung (Zeitschrift) |
| Kap. | Kapitel |
| K&R | Kommunikation und Recht (Zeitschrift) |
| LG | Landgericht |
| Ltd. | Limited, Bezeichnung einer Kapitalgesellschaftsform |
| LT-BW-Drucks. | Landtag Baden-Württemberg Drucksache |

| | |
|---------------|--|
| LT-Drs. | Landtagsdrucksachen |
| LT-NRW | Landtag Nordrhein-Westfalen |
| LVwVfG | Landesverwaltungsverfahrensgesetz |
| MCC | Merchant Category Code |
| MMR | Multimedia und Recht (Zeitschrift) |
| m. w. N. | mit weiteren Nachweisen |
| NJW | Neue Juristische Wochenschrift |
| Nr. | Nummer |
| NGlÜSpG | Niedersächsisches Glücksspielgesetz |
| NS-LT-Drucks. | Niedersächsischer Landtag Drucksache |
| NStZ | Neue Zeitschrift für Strafrecht |
| NVwZ | Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht |
| NVwZ-RR | Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht Rechtsprechungs-Report |
| OGH | Oberster Gerichtshof (Österreich) |
| OLG | Oberlandesgericht |
| PR | Praxisreport |
| PSD (II) | Payments Services Directive II (Zahlungsdiensterichtlinie II) |
| RdZ | Recht der Zahlungsdienste (Zeitschrift) |
| RennwLottG | Rennwett- und Lotteriegesetz |
| RL | Richtlinie |
| Rom I-VO | 80. Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht vom 17. Juni 2008 |
| Rn. | Randnummer |
| Rs. | Rechtssache |
| S. | Satz oder Seite |
| SH-LT-Drucks. | Drucksache Schleswig-Holsteinischer Landtag |
| sog. | sogenannt |
| SPD | Sozialdemokratische Partei Deutschlands |
| SSW | Südschleswigscher Wählerverband |
| StGB | Strafgesetzbuch |
| StPO | Strafprozessordnung |
| StraFo | Strafverteidiger Forum (Zeitschrift) |
| 6. StrRG | Sechstes Gesetz zur Reform des Strafrechts vom 26. Januar 1998 |
| u. a. | und andere |
| Uabs. | Unterabsatz |
| UIGEA | Unlawful Internet Gambling Enforcement Act |
| Urt. v. | Urteil vom |
| usw. | und so weiter |
| UWG | Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb |
| v. | von |
| VGH Hessen | Hessischer Verwaltungsgerichtshof |
| vgl. | vergleiche |
| VO | Verordnung |
| VuR | Verbraucher und Recht – Zeitschrift für Wirtschafts- und Verbraucherrecht |
| VwVfG | Verwaltungsverfahrensgesetz |
| WiJ | Journal der Wirtschaftsstrafrechtlichen Vereinigung e.V. |
| wistra | Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht |

| | |
|-------|---|
| WM | Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht |
| WRP | Wettbewerb in Recht und Praxis (Zeitschrift) |
| WuB | Entscheidungsanmerkungen zum Wirtschafts- und Bankrecht (Zeitschrift) |
| www | World Wide Web |
| ZAG | Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz |
| z. B. | zum Beispiel |
| ZD | Zeitschrift für Datenschutz |
| ZDRL | Zahlungsdiensterichtlinie (Zahlungsdienste-RL/RL 2007/64/EG) |
| ZEuP | Zeitschrift für Europäisches Privatrecht |
| ZfWG | Zeitschrift für Wett- und Glücksspielrecht |
| ZGS | Zeitschrift für Vertragsgestaltung, Schuld- und Haftungsrecht |
| ZIP | Zeitschrift für Wirtschaftsrecht |
| ZIS | Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik |
| zugl. | zugleich |
| ZRP | Zeitschrift für Rechtspolitik |
| ZUM | Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht |
| ZStW | Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft |
| ZWH | Zeitschrift für Wirtschaftsstrafrecht und Haftung im Unternehmen |

Einleitung

Das deutsche Glücksspielrecht litt in der Vergangenheit im Bereich des Online-marktes an fehlendem Vollzug. Ausländische Glücksspielveranstalter, die ihren Internetauftritt bewusst ohne die Erlaubnis einer deutschen Behörde auf den hiesigen Markt ausrichten, beriefen sich seit dem Jahr 2008 auf die Unionsrechts-widrigkeit der inländischen Erlaubnisvorbehalte. Dem hat das BVerwG im Okto-ber 2017 in zwei Entscheidungen widersprochen und dem Regulierungsmodell des GlüStV 2012 mit weitgehendem Internetverbot (§ 4 Abs. 4 GlüStV 2012) die Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht bescheinigt. Dennoch fanden und finden sich im Internet mannigfaltige Glücksspielangebote, die Spieler von deutschem Boden aus ansteuern und wahrnehmen können (§ 1).

Sichtbar wurde der mangelnde Vollzug des deutschen Glücksspielrechts in der Vergangenheit durch die vor Zivilgerichten ausgetragenen Streitigkeiten zwi-schen Spielteilnehmern und Zahlungsdienstleistern. Im Kern ging es dabei um Ansprüche von Zahlungsdienstleistern gegen Zahler, die bei einem nach deut-schem Recht unerlaubt agierenden Online-Glücksspielveranstalter eingezahlt und gespielt haben. Vorbenannte Streitigkeiten haben den Anstoß für die vorlie-gende Arbeit gegeben. Rechtlich aufzuhängen sind solche Dispute an dem ord-nungsrechtlichen Verbot der Mitwirkung an Zahlungen im Zusammenhang mit unerlaubtem Glücksspiel aus § 4 Abs. 1 S. 2 Alt. 2 GlüStV 2012. Den Verbotsge-halt dieser Norm gilt es mit Blick auf die weiterhin anhängigen Zivilverfahren genauer zu durchleuchten (§ 2). In dieser Abhandlung werden sämtliche Tatbe-standsmerkmale der Vorschrift analysiert, um im Anschluss die Konsequenzen des Verbotsgesetzes auf zivilrechtlicher Ebene freilegen zu können (§ 5). Eine umfassende Klärung der inhaltlichen Reichweite der einzelnen Voraussetzungen des Verbotstatbestandes lassen Rechtsprechung und Literatur bislang vermissen. In der vorliegenden Abhandlung wird daher der Versuch unternommen, diese Lücke zu schließen.

Nicht nur anhand dieser Streitigkeiten wird deutlich, dass das Glücksspiel-recht mehrdimensional ist und seine Strahlkraft sich nicht im Ordnungsrecht erschöpft. Das Glücksspielrecht ist vielmehr eine Querschnittsmaterie: Einschlägi-ge Vorschriften finden sich nicht nur im Öffentlichen Recht, sondern auch im Straf- und Zivilrecht. Wenn ein Großteil des Online-Glücksspielangebots nach

dem einschlägigen Öffentlichen Recht verboten ist, wirkt sich dies unter anderem auf die Straftatbestände in §§ 284 ff. StGB aus, weil die Vorschriften verwaltungsakzessorisch ausgestaltet sind. Die Bedeutung der Straftatbestände und die damit einhergehenden Strafbarkeitsrisiken von Veranstaltern, Teilnehmern und Zahlungsdienstleistern gilt es insbesondere mit Blick auf die neuerlich gewonnene Klarheit durch die Rechtsprechung des BVerwG zur Legalität von Online-Glücksspielen herauszuarbeiten (§ 3). Hierbei ergeben sich insbesondere Neuerungen hinsichtlich des Vorliegens der Voraussetzungen eines unvermeidbaren Verbotsirrtums gem. § 17 S. 1 StGB, die bislang keinen Eingang in Rechtsprechung und Schrifttum gefunden haben.

Eine weitere Fernwirkung des prohibitiven Regulierungsansatzes für den Bereich des Online-Glücksspiels ist bislang völlig unterschätzt worden: die Auswirkungen auf die zivilrechtliche Verbindung von Online-Glücksspielveranstalter und Spieler. Wenn – wie hier bereits angeklungen ist – eine Vielzahl von Angeboten unerlaubt veranstaltet wird, bewegt sich der Spieler bei der Teilnahme auf rechtlich ungewissem Terrain: Steht ihm für den Gewinnfall ein Anspruch gegen den Glücksspielveranstalter zu? Kann er die Rückforderung geleisteter Einsätze vom Glücksspielveranstalter verlangen? Schließlich begehren Spieler vor deutschen Zivilgerichten zunehmend die Rückzahlung geleisteter Einsätze von Online-Glücksspielanbietern. Dieser Thematik und weiteren bislang ungeklärten Fragen in Bezug auf die vertragliche Sonderverbindung von Veranstalter und Teilnehmer nimmt sich die Untersuchung an (§ 4). In diesem Kontext fördert die Exploration des einschlägigen Kollisionsrechts Klarheit über das zur Anwendung berufene Recht und die damit verbundenen Folgen zutage.

Ein übergeordnetes Anliegen der Abhandlung sind die möglichst praxisnahe Darstellung der gesamten Thematik und die Zusammenführung der Erkenntnisse aus unterschiedlichen Rechtsquellen, um sämtliche gesetzgeberischen Wertungen in den Prozess der Analyse einzustellen. Die bisherigen Stellungnahmen zu einzelnen Problemkreisen, die vorliegend untersucht werden, kranken zumeist an der fehlenden Darstellung eines größeren rechtlichen Zusammenhangs zwischen den unterschiedlichen Bereichen des Rechts und behandeln entscheidende Determinanten nur cursorisch, weil nicht selten der Raum zu breiteren Ausführungen fehlt. Dem ist abzuhelfen.

Gegenstand der vorliegenden Untersuchung ist der GlüStV 2012 in der durch den dritten GlüÄndStV im Jahr 2020 angepassten Form. Der GlüStV 2012 in eben jener Form bildet die regulatorische Grundlage für die oben angesprochenen Streitigkeiten vor Zivilgerichten zwischen Spielern und Zahlungsdienstleistern sowie zwischen Spielern und Online-Glücksspielveranstaltern.

Nach Abschluss der Untersuchung entschlossen sich die Länder hinsichtlich der Regulierung von Online-Glücksspielen neue Wege zu gehen und den Online-

markt mit dem GlüStV 2021 zum 1. Juli 2021 weitgehend zu öffnen. Die Druckfassung der Abhandlung berücksichtigt die Neuerungen des GlüStV 2021 an den relevanten Stellen durch Ergänzungen des Texts und zusätzliche Fußnoten. Gleichwohl ist anzumerken, dass bis zur Fertigstellung der Druckfassung am 31. Januar 2022 noch kein Veranstalter über eine Erlaubnis zur Veranstaltung von virtuellen Automaten Spielen, Online-Casinospielen oder Onlinepoker unter dem Regime des GlüStV 2021 verfügte.¹

Die Untersuchung verfolgt keinerlei rechtspolitisches Anliegen und ist frei von Fremdinteressen verfasst worden.

¹ Siehe Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt, White-List (Stand 28. Januar 2022), abrufbar unter: https://lvwa.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/LVWA/LVwA/Dokumente/2_bauordnungkommunales/208/Download/White_List.pdf (zuletzt abgerufen am 31.1.2022).

Der rechtliche Rahmen des Online-Glücksspiels in Deutschland

Ausgangspunkt der Untersuchung ist eine Bestandsaufnahme des rechtlichen Rahmens für Online-Glücksspiele in Deutschland unter dem Regime des GlüStV 2012. Der erste Teil steht ausschließlich im Zeichen einer Konturierung der Kategorien erlaubt und unerlaubt. Die Zuordnung eines Glücksspielangebots in die eine oder die andere Kategorie ist sowohl für ein behördliches Einschreiten als auch für mögliche Neben- und Fernfolgen, die nicht dem Bereich des Öffentlichen Rechts entspringen, von großer Bedeutung. Der Weg zu dieser Kategorisierung wird von Themenkomplexen bestimmt, deren Betrachtung zur Bewertung der Legalität eines Glücksspielangebots unerlässlich ist. Auf die im ersten Abschnitt gewonnenen Erkenntnisse zur Legalität einzelner Glücksspielangebote soll im Fortgang der Untersuchung kontinuierlich zurückgegriffen werden. Um dabei einen möglichst großen praktischen Mehrwert zu generieren, werden im zweiten Teil des ersten Abschnitts gängige Online-Glücksspielvarianten betrachtet und einer Legalitätskategorisierung zugeführt.

A. Teilweise Öffnung des Vertriebswegs Internet mit dem GlüStV 2012

Das Internetverbot aus § 4 Abs. 4 GlüStV 2008 hat mit der Novellierung durch den ersten GlüÄndStV eine Lockerung erfahren. Anbieter von Sportwetten im Internet konnten sich seitdem um eine Erlaubnis bewerben und bei Erfüllung der Erlaubnisvoraussetzungen für den Internetvertrieb zugelassen werden. Die Anzahl der Konzessionen war allerdings im Zuge der Teilliberalisierung über die sog. Experimentierklausel in § 10a Abs. 3 GlüStV 2012 auf eine Höchstzahl von 20 limitiert. Über dieses Regulierungsmodell verfolgten die Länder die kontrollierte Öffnung des Internetvertriebs für Sportwetten.¹ Diesen Schritt ging man jedoch nicht aus freien Stücken: Mit dem im GlüStV 2008 enthaltenen absoluten Verbot für das Veranlassen von Glücksspielen über das Internet hatte man vor

¹ BayLT-Drucks. 16/11995, 23.

dem EuGH im September des Jahres 2010 Schiffbruch erlitten. Im Vorabentscheidungsverfahren *Carmen Media Group Ltd.* entschied der EuGH, dass das staatliche Glücksspielmonopol des GlüStV 2008 in Bezug auf Sportwetten wegen mangelnder Kohärenz nicht geeignet war, die Zielsetzung der Spielsuchtbekämpfung zu erreichen.² In der Folge stand daher die Neuregelung der Materie an, die in einem Modell mit Experimentierklausel für die privatwirtschaftliche Veranstaltung von Sportwetten mündete. Für andere Glücksspielarten mit Ausnahme des Eigenvertriebs von staatlichen Lotterien (§ 4 Abs. 5 GlüStV 2012) beließ man es beim kategorischen Verbot einer Veranstaltung über das Internet.

I. Das Konzessionierungsverfahren für die Veranstaltung von Online-Sportwetten

Als problematisch erwies sich in der Folge der Neuordnung allerdings das Verfahren für die Ausgabe der offerierten Sportwetten-Genehmigungen. Eines der Kernprobleme bei der Konzessionsvergabe war die rechtliche Legitimierung des sog. *Glücksspielkollegiums*³, welches länderübergreifend darüber entscheiden sollte. Der VGH Hessen sprach dem Glücksspielkollegium die demokratische Legitimation ab und befand, dass die Delegation der Entscheidung über die Konzessionsvergabe auf das Glücksspielkollegium ein Verstoß gegen das Demokratieprinzip aus Art. 20 Abs. 2 GG i. V. m. Art. 28 Abs. 1 GG darstellte.⁴

Hinzu kam die Feststellung mangelnder Transparenz bei der Ausgestaltung des Konzessionierungsverfahrens.⁵ Im Anschluss daran wurde das angelaufene Verfahren gestoppt, weswegen lange infrage stand, ob das Onlineangebot im Ausland konzessionierter Anbieter mit Ausrichtung auf den deutschen Markt untersagt werden konnte. Dieser Missstand sollte durch den zweiten GlüÄndStV zum 1. Januar 2018 behoben werden. Allerdings wurde dessen Ratifizierung durch die Bundesländer Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen letztendlich verweigert.

In der Zwischenzeit haben zwei Urteile des BVerwG vom 26. Oktober 2017 für Klarheit hinsichtlich der Legalität des Veranstaltens von Sportwetten über das Internet ohne Genehmigung einer deutschen Behörde gesorgt. Hierauf wird im Verlauf dieses Abschnitts mehrfach einzugehen sein. Eine gesetzgeberisch inten-

² EuGH Urt. v. 8.9.2010 – C-46/08, Slg. 2010, I-08149 Rn. 71 – *Carmen Media Group Ltd.*

³ Siehe § 9a Abs. 5 S. 1, Abs. 6 GlüStV 2012.

⁴ VGH Hessen, NVwZ 2016, 171 Rn. 41 ff. Ebenso stellte der VGH Hessen einen Verstoß gegen das Bundesstaatsprinzip fest, da die zugeordneten Aufgaben gem. § 9a Abs. 2 S. 1 GlüStV 2012 von einem Bundesland für alle Bundesländer ausgeübt werden sollten, siehe ebenda Rn. 35 ff., insbesondere Rn. 37.

⁵ VGH Hessen, NVwZ 2016, 171 Rn. 54 ff.

dierte endgültige Klärung entsprechender Rechtsfragen und die Ebnung des Wegs zu einer rechtssicheren Veranstaltung von Sportwetten über das Internet sollte durch den ab 1. Januar 2020 geltenden dritten GlüÄndStV herbeigeführt werden, der einen Neubeginn des Genehmigungsverfahrens für Veranstalter von Sportwetten vorsah.

II. Die Parallelentscheidungen des BVerwG vom 26. Oktober 2017

Mit den Parallelentscheidungen vom 26. Oktober 2017 hat das BVerwG das Internetverbot des GlüStV 2012 für Onlinecasinos, Onlinepoker und Online-Rubbellose bestätigt und die Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht festgestellt.⁶ Gegenstand der Entscheidungen waren Untersagungsverfügungen an Internetglücksspielanbieter, die noch auf der rechtlichen Grundlage des GlüStV 2008 fußten. Allerdings bezog das Gericht seine Prüfung ausdrücklich auf die zur Zeit der Aburteilung bereits geltenden Regelungen in § 4 Abs. 4, 5 GlüStV 2012.⁷ In seiner Entscheidung setzte sich das BVerwG intensiv mit den vom EuGH entwickelten unionsrechtlichen Maßstäben einer konformen Glücksspielregulierung auseinander und bejahte das Erfordernis der Kohärenz für das gegenwärtige Regulierungsmodell.⁸

Im Wesentlichen stützte das Gericht sein Verdikt über die Vereinbarkeit des bestehenden Internetverbots mit höherrangigem Recht auf die Legitimation der vom Gesetzgeber verfolgten Gemeinwohlziele.⁹ Ein Schlaglicht fällt dabei auf die Zielsetzung der durch das Internetverbot intendierten Minimierung der Spielsucht (§ 1 S. 1 Nr. 1 GlüStV 2012). Die insoweit tragende Überlegung liegt in der besonderen Gefährlichkeit des Internetglücksspiels gegenüber dem terrestrischen Glücksspiel. Das Gericht ist in der Annahme, die Teilnahme an Online-Glücksspielen gehe per se mit einer höheren Suchtgefahr einher als die Partizipation an stationären Glücksspielangeboten,¹⁰ von einer im Dezember 2019 veröffentlichten Studie bestätigt worden.¹¹ Zu den bereits vor der Entscheidung

⁶ BVerwG, ZfWG 2018, 139; BVerwG, ZfWG 2018, 145.

⁷ BVerwG, ZfWG 2018, 139 Rn. 30.

⁸ BVerwG, ZfWG 2018, 139 Rn. 35, 38; zustimmend: OVG Schleswig-Holstein, ZfWG 2019, 387, 389 f.

⁹ BVerwG, ZfWG 2018, 139 Rn. 29 ff.

¹⁰ BVerwG, ZfWG 2018, 139 Rn. 30 ff.

¹¹ *Hayer/Girndt/Kalke*, Das Gefährdungspotenzial von Online-Glücksspielen: Eine systematische Literaturanalyse, S. 101: „In der Gesamtschau lässt sich [...] somit [...] eine deutliche Tendenz der Befunde in Richtung erhöhtes Gefährdungspotenzial von Online-Glücksspielen im Allgemeinen sowie einzelner Online-Glücksspielformen feststellen“; vgl. auch *Fiedler/Steinmetz/Ante/v. Meduna*, Regulierungsoptionen für den deutschen Onlineglücksspielmarkt, Endbericht 16.9.2019, S. 55 ff., abrufbar unter: <https://www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereich->

ergangenen Stellungnahmen zur Konformität des Internetverbots in seinen jeweiligen Ausformungen mit dem Verfassungs- und Unionsrecht¹² gesellen sich

sozoek/forschung/gluecksspielforschung/Dateien/Veroeffentlichungen/regulierungsoptionen-fuer-den-deutschen-onlinegluecksspielmarkt.pdf (zuletzt abgerufen am 31.1.2022); das Vorbringen *Kubiciels*, ein gesteigertes Suchtpotenzial sei im Vergleich zu stationären Angeboten nicht belegbar, dürfte damit zumindest in dieser Pauschalität nicht mehr haltbar sein: *ders.*, NVwZ 2018, 841, 842, die durch die eingangs genannte Studie gewonnenen Ansätze bzgl. pathologischen Spielverhaltens seien jedoch nicht zu dramatisieren: *Gaede*, Abstrakt-generelle Duldungen im europäisierten Glücksspielstrafrecht, S. 105, gleichwohl sei dem Gesetzgeber zuzugestehen wegen gewisser Anzeichen einer besonderen Suchtförderung spezifische Regelungen für Online-Glücksspiele zu normieren, die ihrerseits geeignet, verhältnismäßig und kohärent auszugestalten seien (ebenda S. 106); die vorstehend genannte Studie von *Hayer/Girndt/Kalke* ignorierend: *Gierok*, HRRS 2021, 17, 23 sowie *Berberich/Koenig*, ZfWG 2020, 200, 202, dort insbesondere Fn. 11.

Aufmerksam machen möchte der Verfasser dieser Abhandlung auf den Umstand, dass der soeben zitierte Beitrag Passagen mit in Teilen wortgleicher Übernahme des Inhalts eines Gutachtens von *Koenig* enthält, das *ders.* im Auftrag des Branchenverbands DVTM erstellt hat. Dieser unmittelbare Bezug des Beitrags zur Gutachtertätigkeit für einen Interessenverband, der eine Vielzahl von Online-Glücksspielveranstaltern zu seinen Mitgliedern zählt (siehe unter: <https://www.dvtm.net/wer-sind-wir/mitglieder/>, zuletzt abgerufen am 31.1.2022), ist entgegen wissenschaftlicher Gepflogenheiten nicht kenntlich gemacht worden. Das entsprechende Gutachten, auf das hier Bezug genommen wird („Rechtsgutachten zur Bewertung der Verpflichtung der Zahlungsdienstleister zum Financial Blocking nach § 4 Abs. 1 S. 2 Hs. 2 GlüStV trotz anstehender Marktöffnung“), war zum Zeitpunkt der Fertigstellung der Untersuchung abrufbar unter: https://www.dvtm.net/wp-content/uploads/2020/06/200605_DVTM_Rechts_gutachten_Prof.-Koenig_Financial-Blocking_trotz_anstehender_Markt%C3%B6ffnung.pdf (zuletzt dort abrufbar am 15.7.2020; weiterhin abrufbar unter: https://web.archive.org/web/20200919155842/https://www.dvtm.net/wp-content/uploads/2020/06/200605_DVTM_Rechtsgutachten_Prof.-Koenig_Financial-Blocking_trotz_anstehender_Markt%C3%B6ffnung.pdf (zuletzt abgerufen am 31.1.2022) beziehungsweise darauf u. a.: NS-LT-Drucks. 18/6693).

Wenn *Ennuschat* im Editorial derselben Ausgabe der ZfWG (2020, 185 f.) zu Recht auf den zu überdenkenden Umgang mit interessengeleiteten Beiträgen und deren ordnungsgemäßer Kenntlichmachung in der Glücksspielrechtswissenschaft hinweist und mehr Transparenz bei der Offenlegung von Interessenkonflikten in glücksspielrechtlichen Veröffentlichungen anmahnt, lädt dieses Exempel hoffentlich zur Reflexion über die Thematik ein; mit anderer Einschätzung in der Vergangenheit zur Gefährlichkeit von Online-Glücksspielen: *Lischer*, ZfWG 2018 Beilage Heft 05, 2 ff.; zu den besonderen Suchtgefahren von Sportwetten und Casinospielen bei der Teilnahme über das Internet: *Banz/Lang*, Glücksspielverhalten und Glücksspielsucht in Deutschland (2017), S. 205 f.; siehe diesbezüglich auch: *Adams/Fiedler*, ZfWG 2008, 232, 234.

¹² Mit ablehnender Haltung: *Gaede*, Abstrakt-generelle Duldungen im europäisierten Glücksspielstrafrecht, S. 101 ff.; *Uwer/Koch* in *Becker/Hilf/Nolte/Uwer*, Glücksspielregulierung, § 4 Rn. 101 ff.; *Schorkopf*, DÖV 2011, 260, 266; Aufforderungsschreiben der EU-Kommission, ZfWG 2008, 32, 34; *Koenig/Bovelet*, ZfWG 2011, 236, 242; *Koenig/Bovelet-Schober*, ZfWG 2012, 381, 385; *Koenig*, ZfWG 2015, 10, 15; *Schenke*, ZfWG 2015, 170, 176; demgegenüber die Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht bejahend: *BVerfG*, ZfWG 2008, 351,

nummehr jüngere Literaturstimmen im Anschluss an die Entscheidungen, die durchweg kritisch ausfallen.¹³ Da die Prüfung der Vereinbarkeit des Internetverbots mit höherrangigem Recht raumfüllend ist, soll diese Thematik hier nicht vertieft werden. Die Judikate des BVerwG werden wegen ihres Grundsatzcharakters und der positiven Resonanz aus der Rechtsprechung¹⁴ als Ausgangspunkt für die Bewertung der Legalität einzelner Online-Glücksspielangebote in der vorliegenden Untersuchung markiert. Ebenso wie das BVerwG hat nunmehr auch der BGH eine Vorlage an den EuGH zur unionsrechtlichen Überprüfung des Internetverbots in § 4 Abs. 4 GlüStV 2012 für nicht notwendig erachtet.¹⁵ In der Vorinstanz hatte das KG Berlin im Anschluss an das LG Berlin¹⁶ festgestellt, dass der Erlaubnisvorbehalt und das Internetverbot in § 4 Abs. 1, 4 GlüStV 2012 keine unionsrechtswidrigen Beschränkungen des in Art. 56 AEUV geregelten freien Dienstleistungsverkehrs darstellen.¹⁷ Dieser Rechtsauffassung hat sich jüngst der 5. Senat des OLG München in einem Beschluss (ausdrücklich einstimmig) angeschlossen.¹⁸

Im nächsten Schritt widmet sich die Abhandlung dem Nebeneinander von restriktivem GlüStV 2012 und permissivem GlüG SH hinsichtlich der Genehmigungsmöglichkeit von Online-Glücksspielen auf deutschem Boden.

356 ff. (zum Internetverbot des GlüStV 2008); OLG Frankfurt, ZfWG 2009, 268, 271; BVerwG, MMR 2011, 843, 844; BGH, ZfWG 2012, 23, 26; *Adams/Fiedler*, ZfWG 2008, 232, 235; *Dietlein/Peters*, ZfWG, 2013, 229, 235; *Pagenkopf*, NJW 2012, 2918, 2923 f.

¹³ *Berberich/Koenig*, ZfWG 2018, 153 ff.; *dies.*, ZfWG 2020, 200, 202; *Gaede*, Abstrakt-generelle Duldungen im europäisierten Glücksspielstrafrecht, S. 107 ff.; *Gierok*, HRRS 2021, 17, 19 ff.; *Heckmann*, jurisPK-Internetrecht, Kap. 8 Rn. 137; *Kubiciel*, NVwZ 2018, 841; *Schenke*, ZfWG 2018 Sonderbeilage 4, 21, 26 ff.; *Stulz-Herrnstadt/Engelmann*, GRUR-Prax 2018, 267; *Wittig/Hagenbruch*, EuZW 2018, 631, 635 befinden die Ausführungen des BVerwG für „noch vertretbar“.

¹⁴ OLG Koblenz, ZfWG 2019, 532, 537; OVG Schleswig-Holstein, ZfWG 2019, 387, 389 f.; VGH Baden-Württemberg, ZfWG 2019, 492, 493; OVG Berlin-Brandenburg, NVwZ-RR, 2020, 33; OVG Saarland, ZfWG 2019, 362, 368; OVG Thüringen, ZfWG 2020, 43, 48; OVG Münster, Beschluss v. 30. März 2020, Az. 13 B 1696/19 – juris Rn. 10 ff.; VG Berlin, BeckRS 2018, 26359; VG Düsseldorf, BeckRS 2020, 5734; VG Darmstadt, Beschluss v. 16.10.2020, Az. 3 L 28/20.DA – juris Rn. 27; LG Köln, Urte. v. 18.2.2020, Az. 31 O 152/19 – juris Rn. 43.

¹⁵ BGH, BeckRS 2021, 21504.

¹⁶ LG Berlin, Urte. v. 6.6.2019, Az. 16 O 67/18 [unveröffentlicht].

¹⁷ KG Berlin, GRUR-RS 2020, 49879 Rn. 22 ff.

¹⁸ OLG München, Beschluss v. 22.11.2021, Az. 5 U 5491/21 [unveröffentlicht].

III. Das Glücksspielgesetz Schleswig-Holsteins als Antagonist des GlüStV 2012

Die Geltung des Glücksspielgesetzes Schleswig-Holstein (GlüG SH) stellt eine einschneidende Episode der Glücksspielregulierung für das gesamte Bundesgebiet dar. Nachdem der GlüStV 2008 der Nachbesserung bedurfte,¹⁹ wollten die Bundesländer ursprünglich gemeinsam mit dem ersten GlüÄndStV (2012) die notwendig gewordenen Reformen am Regelwerk vornehmen und den Markt für Sportwetten einer kontrollierten Öffnung zuführen. Allerdings beschritt das nördlichste Bundesland einen Sonderweg und ratifizierte den ersten GlüÄndStV (zunächst) nicht. Vielmehr war man an einer umfassenderen Liberalisierung des Online-Glücksspielmarktes interessiert und beschloss mit dem GlüG SH eine ausgedehntere Öffnung per Genehmigungsmodell, die sowohl Sportwetten als auch Onlinecasinos umfasste.²⁰ In Kraft getreten ist das GlüG SH am 1. Januar 2012.²¹ Mit der Landtagswahl zum 18. Schleswig-Holsteinischen Landtag vom 6. Mai 2012 änderten sich allerdings die politischen Kräfteverhältnisse. Das erklärte Ziel der neuen Regierung war nunmehr der Beitritt zum GlüStV 2012,²² welcher auch zum 24. Januar 2013 erklärt wurde und gleichzeitig die Aufhebung des GlüG SH bedeutete.²³

1. Genehmigungen auf der Grundlage des GlüG SH und ihre Fortgeltung

Im Jahr 2012 bis zur Aufhebung des GlüG SH sind auf Basis des Gesetzes durch das Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration Schleswig-Holstein 23 Genehmigungen für das Veranstellen von Online-Casinospielen sowie 25 Genehmigungen für das Veranstellen bzw. die Vermittlung von Sportwetten vergeben worden.²⁴ Diese Genehmigungen hatten eine Laufzeit von sechs Jah-

¹⁹ Siehe dazu *W. Hambach/Riege* in Streinz/Liesching/Hambach, Glücks- und Gewinnspielrecht in den Medien, Einführung Rn. 4.

²⁰ Siehe §§ 18 ff. GlüG SH.

²¹ § 49 GlüG SH.

²² Siehe Koalitionsvertrag: Neue Bündnisse für den Norden, Koalitionsvertrag 2012–2017, S. 13 Rn. 507 f.

²³ *Fuchs*, Das neue Glücksspielrecht unter besonderer Berücksichtigung von Online-Glücksspielen, S. 5 m. w. N.; mittels zweier Gesetze: 1. Das Gesetz zum Ersten GlüÄndStV, SH-LT-Drucks. 18/79 vom 8.8.2012 und 2. Das Gesetz zur Änderung glücksspielrechtlicher Gesetze, SH-LT-Drucks. 18/104 vom 8.8.2012.

²⁴ *Fuchs*, Das neue Glücksspielrecht unter besonderer Berücksichtigung von Online-Glücksspielen, S. 7 m. w. N.; *W. Hambach/Riege* in Streinz/Liesching/Hambach, Glücks- und Gewinnspielrecht in den Medien, Einführung Rn. 4; vgl. Landtag Schleswig-Holstein, Pressemitteilung 8/2013 vom 21.1.2013, S. 8.

Register

- Aleatorischer Charakter 157, 205
Alltägliche Finanztransaktionen 61 f.
Am Zahlungsverkehr Beteiligte 54
Anfechtung 208, 217
Anonyme Zahlungsmittel 87
Anweisung *siehe* Weisung
Aufrechnung 279
Aufschlag 229
Aufwendungsersatzanspruch 212, 215 f.,
218, 219, 221–232, 236, 239, 241, 243 f.,
246–247, 249–253, 272, 285 f.
– Anspruchsgrundlage 216, 224, 231, 241,
242 f., 255
– Erforderlichkeit 224, 230, 243–249, 252,
254, 293
– Geschäftsführung ohne Auftrag 254–256
Aufwendungskondition 266 f., 283
Ausführungsfrist 217
Auswahlmessen 73, 126
Authentifizierung 221 f.
– Beweislast 221
Automatenspiele 33
Autorisierung *siehe* Zahlungsvorgang
- Belastungsbelege 224, 227
Benachteiligungsverbot 249
Bereitstellen von Einrichtungen 123
Berufstypische Handlungen 144 f.
Bestimmtheitsgrundsatz 149
Blankettvorschrift 172
Branchenzugehörigkeit 83, 86, 90, 93,
99, 144, 229
Brexit 163–164
- Cashpoker 34
Chargeback *siehe* Rückbuchung
- Direktkondition *siehe* Durchgriffs-
kondition
Doppelmangel 258, 260–262
Drittstaatenlizenz 25, 120
Duldung
– Aktive 127–129
– Passive 129 f.
Durchgriffskondition 261 f., 264, 269, 281
- Effektivität der Gefahrenabwehr 68
E-Geld 81, 214, 268
Eigensperre 290
– Sperrvertrag 290
Eigenvertrieb von Lotterien 26
Eingriffsbefugnisse 71–74
Einsatzlimit 38, 295
Einzahlung ohne Zahlungsdienstleister 57
Einziehung *siehe* Vermögensabschöpfung
Einzugsermächtigung 219
Entgelt 17
Entgelterhebung 247
Entreicherung 267
Erfüllungsort 174–176
– Bestimmung 175
– Leistungserfolg 175
– Leistungshandlung 175
Erheblichkeitsschwelle 17 f.
Erlaubnispflicht 21
Erlaubnisvorbehalt 21
Ermessensreduzierung 70, 128
Erstattungsverlangen 219
EU-Lizenz 23 f., 120–122, 125
- Formale Auftragsstrenge 245
Formelle Illegalität 22, 60, 65, 79
Freizeichnung 248 f.

- Garantenstellung 146–150
 – Schutzzweckidentität 147–150
 Gefälligkeitsgutachten 131
 Gegenseitige Anerkennung 23 f., 121
 Gemeinsame Glücksspielbehörde 73, 295 f.
 Gemischtes Glücksspielangebot 66
 Generalklausel 71, 73
 Generalprävention *siehe* Rechtsschutz-
 verweigerung
 Geolokalisation 87, 96, 100, 251 f.
 Gerichtsstandsbestimmungen 180–183
 – Unternehmer 288
 – Verbraucher 180–183
 – Wahlrecht 181 f., 208
 – Zulässigkeit 182
 Geschäftsbesorgungsvertrag 217
 Geschäftsunfähigkeit, partielle *siehe* Patho-
 logisches Spielverhalten
 Gestaltungsrecht 217, 236, 259
 Gewinnchance 17
 Glücksspielgesetz Schleswig-Holstein
 – Altgenehmigungen 10, 21, 78–79
 – Genehmigungsanzahl 10
 – Kohärenz 12 f.
 – Räumlicher Geltungsbereich 11 f.
 – Übergangsgesetz 11
 – Vertriebsort 12
 Glücksspiel-Rahmenvertrag 205
 – Nichtigkeit 206 f.
 Grundgeschäftsneutralität 247
 Günstigkeitsvergleich 165–169

 Halter eines Glücksspiels 122 f.
 High-Roller 58
 Hinweis auf Mitwirkung 66–71, 225,
 238, 245 f.

 Illegale Spielteilnahme 64–65
 Inanspruchnahme Dritter 55, 67
 Inkassounternehmen 229
 Insolvenzrisiko 258

 Jetons 56

 Kanalisierungseffekt 58 f., 148, 173 f.
 Know-Your-Customer 81–83
 Kollisionsrechtliche Missbrauchs-
 kontrolle 173

 Kondiktion der Kondiktion 257–259
 Konditionssperre 256, 258–269, 279, 283
 Koppelungsverbot 103–105
 Kostendeckungsbeitrag 18
 Kryptowährung 56–59, 211, 214

 Lastschrift 98, 214, 272–273, 277,
 286
 – Rückgabe 287
 Leistungsverweigerungsrecht 250, 252
 Live-Casinospiele 32
 Lotteriemonopol 26, 28

 Marktwert bei Lootboxen 42 f.
 Maßstab des Durchschnittsspielers 35
 Mehrmalige Rückforderung 188
 – „Drohender Freibrief“ 189
 Mittelbare Legalisierungswirkung 23 f.
 Mitwirkung 53 f., 226 f., 238, 252, 289, 295

 Nichtigkeitsvermutung 234, 239

 Objektive Anknüpfung 170
 Obliegenheit 281
 Öffentlich-rechtliche Verpflichtung 69 f.,
 75 f., 82, 146–148
 Ordnungswidrigkeit 74
 Ordre public 183

 Pathologisches Spielverhalten 140, 151,
 232 f.
 – Beweislast 233
 – Partielle Geschäftsunfähigkeit 233
 Prüfpflicht *siehe* Rücksichtspflicht

 Rechtsgeschäft 234–238, 241 f., 256
 Rechtsmissbräuchliche Inanspruch-
 nahme 224–228, 230, 249–252
 Rechtsreflex 290
 Rechtsschutzverweigerung 190
 – Generalprävention 190, 198, 207, 239
 Rechtswahlklauseln 164–169
 RennwLottG 40
 Rubbellose 26, 139
 Rückbuchung 224, 226–227, 269, 273–277,
 281, 286

- Saldotheorie 203 f.
 Schenkkreis-Rechtsprechung 197–204
 Schuldversprechen 263, 266 Fn. 287, 275
 Schutzgesetz 288–291
 Schutzgut
 – § 284 StGB 148
 – § 285 StGB 137
 – Vergleich 149
 Schutzparadox 167 f.
 Schutzpflicht 220, 269–271, 284
 – Kontrollpflicht 228, 247
 – Warnpflicht 226, 231, 247, 271
 Schwarze Listen 97
 Simultanleistung 257
 Spieleinwand 158
 Sportwetten
 – Duldungsvoraussetzungen 37, 125, 252
 – Ereigniswetten 38, 40
 – Experimentierklausel 5 f., 11, 36
 – Genehmigungsverfahren 6, 124
 – Glücksspielkollegium 6
 – Legalität 36
 – Schwebelage 37
 Störermehrheit 66, 74
 Subsidiaritätsgrundsatz 73 f.

 Tathandlungsort 118 f., 137, 142
 Territorialprinzip 118
 Texas Hold'em 34 f.
 Tilgungsbestimmung 192–194, 205, 258,
 263–264, 266, 268, 282
 Totalisator 29, 51
 Transparenzgebot 167
 Treu und Glauben 187, 249, 279–281
 Turnierpoker 34 f.

 Übergangsfrist 73
 Ubiquitätsprinzip 119
 UIGEA 46
 Umgehung Mitwirkungsverbot 56
 Unechtes Unterlassungsdelikt 149
 Unerlaubte Handlung 208, 288–291
 Unmittelbarkeitsprinzip 192 f., 203 Fn. 206,
 285
 Unrechtmäßige Erfüllung 176
 Unrechtsbewusstsein 131
 Unternehmensgeldbuße 155
 Unterrichtsfrist 281 f.

 Untersagungsverfügungen 47, 72
 – Zuwiderhandlung 74
 Unterscheidbarer Zahlungsverkehr 66
 Unvollkommene Verbindlichkeit 158 f.
 Unwiderruflichkeit 217

 Veranstaltungsbegriff
 – Spielbezogener 20, 32
 – Teilnahmebezogener 20, 32
 Veranstaltungsort 15
 Verarbeitungszweck 107 f.
 – Kompatibilität 114
 – Zweckänderung 112–114
 Verbotsgesetz
 – §§ 284, 285 StGB 160, 251
 – Beihilfe strafbarkeit 241
 – Internetverbot 161
 – Mitwirkungsverbot 160, 191, 225, 228,
 230, 233–235, 239, 251, 259, 266, 272,
 278, 288
 – Subjektiver Tatbestand 238
 Verbrauchervertrag 165–169, 181
 – Wahlrecht 168 f.
 Vereinzelt Einzahlung 49
 Verlinkungsverbot 38, 40, 66
 Vermögensabschöpfung 150–155, 179
 – Adressat 152 f.
 – Erlangtes 151
 – Selbstständiges Verfahren 154
 – Verjährung 152
 – Voraussetzungen 151 f.
 – Wertungen 201–203
 Verwaltungszakzessorietät 120, 124
 Verwaltungsverstoß 70
 Verweisungsvertrag 164, 167
 Vorabregistrierung 50–51
 Vorherige Inanspruchnahme 71, 73 f.
 Vorleistungsfall 207
 Vorrang der Leistungsbeziehung 260–265,
 269
 Vorsätzlich sittenwidrige Schädigung 208

 Weisung 216, 218, 222, 232, 236 f., 241 f.,
 244 f., 256 f., 259 f.
 Widerruf 217, 219–221, 224, 273
 Widerspruchsfreiheit der Rechtsord-
 nung 174, 203, 234, 246

- Willenserklärung 217 f., 222, 232, 234 f.,
236, 238
- Wirksame Spielverträge 159
- Wirkungsverleihung Eingriffsnorm
176–179
- Zahlungsauftrag 54, 83, 216–219, 222 f.,
232, 235, 237–238, 241, 244, 249, 252,
254, 256, 277, 290
- Ablehnung 218, 236, 239, 244 f., 247,
251
 - Doppeltatbestand 220, 222
 - Einwilligung 220
 - Gleichlauf 221
 - Wichtigkeit 220, 232, 233, 238–243
 - Unwiderruflichkeit 224, 273
- Zahlungscodierung 82, 93–96, 229, 240,
248
- Zahlungskette 56, 71
- Zahlungskonto 58, 211 Fn. 3
- Belastung 216, 219, 237, 268, 278, 287
- Zahlungsmonitoring 82–85, 87, 89, 102,
112, 114 f., 144, 246, 271
- Zahlungsvorgang 213, 217, 219, 228, 237,
248, 266, 286
- Autorisierung 216, 218 f., 220–222, 225,
228, 232 f., 235, 237 f., 241, 243–245,
249, 252–256, 260 f., 264–269, 278,
281 f., 284
 - Genehmigung 219
- Zugang 217
- Zusammenhangserfordernis 60–66, 238
- Zuwendung 257
- Zweckabrede 205 f.